



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Kreistag des Landkreises Northeim**

Büroanschrift
Scharnhorstplatz 8
37154 Northeim

12.07.2018

Landkreis Northeim
Z. Hd. Frau Landrätin
oder Vertretung im Amt
Medenheimer Straße 6-8
37154 Northeim
Per Mail

**ANTRAG gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag, seine Ausschüsse
und den Kreisausschuss**

**Hier: Fachkräftemangel im Landkreis Northeim;
Verbesserung der Sprachkompetenzen von Migrantinnen und Migranten**

Sehr geehrte Frau Landrätin!

Die SPD-Kreistagsfraktion stellt hiermit den folgenden Antrag.

Der Kreistag möge beschließen:

Auch im Landkreis Northeim wird der Fachkräftemangel in vielen Dienstleistungsbereichen und Handwerksberufen immer spürbarer. Gleichzeitig leben bei uns anerkannte Flüchtlinge und Bleibeberechtigte die über eine entsprechende berufliche Qualifikation fügen, aber keine ausreichende deutsche Sprachkompetenz besitzen und nicht von den entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen des SGB II unter anderer Rechtsvorschriften erfasst werden.

Die Landrätin wird daher beauftragt ein Konzept zur Verbesserung der Sprachkompetenzen von anerkannten Flüchtlingen und Bleibeberechtigten auf die Stufen B1 und B2 mit dem Ziel zu erstellen, dass deren Vermittlungschancen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt steigen.

In dem Konzept sind die damit voraussichtlich verbundenen zusätzlichen Aufwendungen zu benennen, die mit der Umsetzung verbunden wären. Die Mittelbereitstellung sollte unter Berücksichtigung von möglichen Drittmitteln über den Nachtragshaushaltsplan 2018 oder 2019 vorgenommen werden.“

Begründung:

Nicht zuletzt durch die anhaltend gute Wirtschaftslage konnte die Bundesagentur für Arbeit in der zurückliegenden Zeit mit einer immer geringeren Arbeitslosenquote aufwarten. Mit rund fünf Prozent wurde zwischenzeitlich ein Wert auf dem Niveau vor der Wiedervereinigung erreicht.

Die rückläufige Arbeitslosenquote führt in verschiedenen Bereichen zunehmend zu einer immer stärker sichtbaren Verknappung an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern. Immer mehr Stellen, insbesondere im Dienstleistungssektor (z. B. in der Pflege oder im Öffentlichen Personennahverkehr), aber auch im Handwerk, können nicht besetzt werden. Eine Trendwende ist nicht erkennbar. Vielmehr wird sich diese Situation weiter verschärfen.

Von daher sollten wir auch auf der kommunalen Ebene ergänzenden Maßnahmen ergreifen, um so schneller Fachkräfte für den heimischen Arbeitsmarkt gewinnen zu können. Dazu zählt auch, die vorhandenen Potentiale bei Arbeitssuchenden so zu aktivieren, dass sie vermittelbar sind. In nicht wenigen Fällen scheitert die Aufnahme von Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnissen schon allein an einer mangelnden Sprachkompetenz.

Wir erkennen durchaus an, dass es hier in den vergangenen Jahren - auch mit Unterstützung durch staatliche Förderprogramme - gute Erfolge gegeben hat. Gleichwohl sehen wir den dringenden Bedarf, die Aktivitäten in enger Abstimmung mit dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit zu intensivieren und auch kommunale Mittel dafür einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Schwarz, MdL
Stellv. Vorsitzender



Peter Traupe
Geschäftsführer